

Rote Gebiete: Behörden „haben versagt“

Landrat und Bauern kritisieren Nitrat-Messstellen – Minister Aiwanger soll helfen

VON VRONI MACHT



Pastetten – Der Streit um die roten Gebiete im Erdinger Land mit einer zu hohen Nitratbelastung im Trinkwasser geht weiter. Wie mehrfach berichtet, bemängeln Landwirte und Politik, dass es zu wenig Messstellen gab und die auch noch ungeeignet waren. In ihren Augen muss nachgebessert werden. Beim Kreisbauerntag haben sich die Betroffenen an Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (FW) gewandt.

Der war vor dem Festzelt der Burschengemeinschaft Pastetten, im Rahmen von deren 111-Jahr-Feier der Kreisbauerntag stattfand, schon von Demonstranten empfangen worden. „Wir brauchen ein verlässliches Messstellennetz“, stand auf einem ihrer Transparente.

Genau das ist auch die Forderung, die Landrat Martin Bayerstorfer (CSU) vorbrachte. „Das Wasserwirtschaftsamt und das Landesamt

für Umwelt haben versagt und die Ermittlung der roten Gebiete aufgrund falscher Datengrundlage durchgeführt“, kritisierte er und wandte sich an den stellvertretenden Ministerpräsidenten: „Ich warte, dass wir endlich Taten sehen.“ Der Landrat erinnerte an ein Gespräch im Rahmen der Grünen Woche in Berlin: „Sie haben mir versprochen, da wird sich was ändern. Das war im Januar. Und ich bin immer noch zuversichtlich, dass Herr Minister Aiwanger dafür sorgen wird, dass in den nächsten Wochen das Ganze revidiert wird.“

Dass die Daten nicht stimmen, könne man als Landkreis beweisen. Man habe dem Wasserwirtschaftsamt angeboten, intensiv landwirtschaftlich bewirtschaftete Flächen zur Messung zur Verfügung zu stellen. „Und wenn dann die Werte entsprechend sind, sind wir einverstanden. Aber nicht in Sandgruben oder in Lehmgruben, die mit Eintrag von landwirtschaftlicher Bewirtschaftung, ob mineralisch oder organisch, gar nichts zu tun haben“, so Bayerstorfer.

Wie berichtet, haben sich zwei Interessengemeinschaften gegründet, welche die Landwirte auf den Grundwasserkörpern (GWK) im Bereich Dorfen und Buch am Erlbach unterstützen. Deren Sprecher meldeten sich ebenfalls zu Wort. Franz Faltermeier (GWK Vorlandmolasse Dorfen) erklärte, er vertrete einen Grundwasserkörper, der sich über drei Landkreise erstrecke und für den genau eine Messstelle maßgeblich sei – sie liege direkt an einer Lehmgrube und entspreche nicht der Ausführungsverordnung zur Düngeverordnung. „Wir haben die Kritik mehrmals vorgebracht“, sagte Faltermeier, von Umweltminister Thorsten Glauber (FW) werde jedoch „alles abgeblockt“. Dabei könne man beweisen, dass weitere Messstellen in unmittelbarer Nähe gute Werte hätten.

Die gleiche Situation bestätigte Bartholomäus Pfanzelt für den GWK Buch am Erlbach. „Aber das zählt alles nicht. Was wir als betroffene Landwirte fordern, ist ein gerechtes Messstellennetz“, sagte Pfanzelt und betonte, dass Industrie, Kommunen und Bevölkerung ebenso verantwortlich fürs Grundwasser seien wie die Landwirtschaft. Ihr Anliegen überreichten die IG-Sprecher schriftlich an Aiwanger.

Der meinte: „Ich tu da alles, was ich kann.“ Erst am gleichen Tag habe er mit Glauber telefoniert, „und es ist so, dass wir jetzt mehr Messstellen aufbauen“. In den vergangenen ein bis zwei Jahren habe man mehr als 300 zusätzliche Stellen installiert, 1500 sollten es am Ende sein – „damit eben nicht eine einzige fragwürdige Messstelle

ganze Landstriche unter rotes Gebiet stellt, was massive wirtschaftliche Einbußen bedeutet, obwohl es in meinen Augen fachlich nicht begründet ist“, sagte Aiwanger.

Anstelle einzelner Werte, so forderte er, solle man die Nährstoffbilanz anschauen. Was bringe der Landwirt an Stickstoff auf die Fläche auf, wie viel fahre er weg? Düngen müsse dann auch in roten Gebieten möglich sein. „Wir brauchen jetzt 1000 Betriebe in Bayern, die dieses Bilanzieren über einige Jahre praktizieren. Dann muss Berlin akzeptieren, dass Bayern mit Nährstoffbilanz arbeitet und nicht mit fragwürdigem Messstellen“, sagte Aiwanger, räumte aber ein: „Ich bin nicht Jesus Christus, der das auf Knopfdruck umsetzen könnte.“ Dafür brauche er mehrere Ministerien, die Wasserwirtschaftsämter – und die Berliner Politik.